

## Schweizer sagen mit großer Mehrheit Nein zum bedingungslosen Grundeinkommen

Florian Rötzer 05.06.2016

Nur in einigen Wahlkreisen stimmte eine Mehrheit wie in Stadtteilen von Zürich oder Genf dafür

Mit großer Spannung war der Ausgang der Volksabstimmung<sup>[1]</sup> in der Schweiz über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auch international erwartet worden. In vielen Ländern steht das Thema auf der Tagesordnung. Aber die Schweizer werden keine Vorreiterrolle spielen. Fast 77 Prozent der Schweizer haben ein solches Grundeinkommen abgelehnt.

Daniel Häni, einer der Mitinitiatoren der Kampagne, dürfte dennoch nicht geschockt oder enttäuscht sein. In dem Interview, das gestern auf Telepolis erschien ("Eine bedingungslose Existenzsicherung kann man nicht missbrauchen"<sup>[2]</sup>), hatte er erklärt, dass er realistischere mit einer Zustimmung von 15 Prozent gerechnet habe: "Nun sieht es sogar so aus, dass es mehr werden. Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens wird also gewinnen, wenn auch noch nicht eine Mehrheit der Zustimmung." Jetzt waren es also 23,1 Prozent derjenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben und damit ein Erfolg. So sagte Häni heute, das Ergebnis bedeute, dass die Debatte auch international weitergeht.

Es gab allerdings Ausnahmen. In manchen Städten wie Basel (36%), Genf (34,7%) oder Zürich (25,1%) war der Anteil höher, ebenso in den Kantonen Neuenburg (31,2%) und Jura (35,8%). In einigen Wahlkreisen wurde die Volksinitiative auch angenommen. Beispielsweise haben in den Zürcher Stadtkreise 4 und 5 haben 54,7 Prozent der Bürger für das bedingungslose Grundeinkommen gestimmt, auch in 3 Wahlkreisen in Genf stimmte eine Mehrheit dafür. Es gab auf der anderen Seite Ablehnungsquoten für ein solches Gesellschaftsexperiment wie etwa in Appenzell Innerrhoden von mehr als 80 Prozent.

Nach Vorstellungen der Befürworter der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen sollte damit "der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben" ermöglicht werden. Das Grundeinkommen sollte 2500 Franken betragen. Umstritten waren besonders die Finanzierung, die Frage, ob nicht viele dann das Arbeiten aufhören würden, ob es gerade für Frauen eine Art Herdprämie würde oder ob tatsächlich in Zukunft durch die weitere Digitalisierung Arbeitsplätze abgebaut werden.

Wenn man daraus eine konservative Haltung ablesen will, dann ist das sicher richtig, die Mehrheit der Schweizer wollten nichts riskieren. Aber sie haben entgegen der rechtsnationalen SVP mit einer großen Mehrheit von 67 Prozent für die von Parlament und Regierung bereits beschlossene Gesetzesreform für die Asylverfahren gestimmt. Diese sollen nun durch Zentralisierung beschleunigt in spätestens 140 Tagen abgeschlossen werden.

Dagegen revoltierte die SVP, die seit Jahren für schnelle und massenhafte Abschiebung wirbt, nicht, aber wohl gegen den kostenlosen Rechtsschutz, den jeder Asylbewerber fordern kann. Das würde die Schweiz nur wieder attraktiver machen. Deswegen wird das Hochziehen der Grenze gefordert<sup>[3]</sup>: "In Anbetracht der Zehntausenden neuen Asylsuchenden der letzten Tage in Italien hat der Bundesrat schnellstens die Grenzen so zu sichern, dass die illegale Einwanderung und das Schlepperwesen unterbunden werden können." Die "deutliche Abfuhr" für das bedingungslose Grundeinkommen wird hingegen von der SVP als "klares Bekenntnis zu einem massvollen Staat, der die Eigenverantwortung hoch hält", begrüßt.

## Nein zur Autolobby und Ja zur Präimplantationsdiagnostik

Auch die Initiative für eine "faire Verkehrsfinanzierung" erhielt mit 71 Prozent eine deutliche Ablehnung. Die Menschen sind nicht bereit, mehr Geld in den Straßenausbau auf Kosten anderer Belange wie Bildung zu investieren. Die Mineralölsteuer wird zur Hälfte auf den Straßenverkehr und zur anderen Hälfte für andere staatliche Ausgaben verwandt. Die Initiative sah vor, dass aus ihr nur noch Ausgaben in den Straßenverkehr finanziert werden sollten.

Überraschend auf jeden Fall die mit 68 Prozent hohe Ablehnung von "Pro Service public". Hier wurde gefordert, dass der Bund und die bundesnahen Unternehmen wie Post, Eisenbahn oder Swisscom im Bereich der Grundversorgung nicht gewinnorientiert arbeiten sollen, die gezahlten Löhne sollten nicht über denen in der Bundesverwaltung liegen. Dabei ging es natürlich auch um eine Deckelung der Gehälter der Vorstände.

Wahrscheinlich würde wie in der Schweiz auch in Deutschland eine Mehrheit der Menschen dafür stimmen, dass bei künstlicher Befruchtung die Präimplantationsdiagnostik (PID) in bestimmten Grenzen eingesetzt werden kann. Bisläng war die PID in der Schweiz verboten. Jetzt stimmten 62,4 Prozent für das Gesetz, das die genetische Untersuchung von Paaren verwendet werden kann, die Träger einer schweren Erbkrankheit sind oder die auf natürlichem Wege keine Kinder zeugen können. Bestimmungen von Eigenschaften wie Geschlecht oder Augenfarbe bleibt aber verboten. Möglich ist nun auch, dass Ärzte nur noch einen Embryo auswählen und einsetzen können, um Mehrlingsschwangerschaften zu vermeiden.

Das Gesetz wurde von SP und den Grünen eingebracht, von den anderen Parteien befürwortet, aber von den konservativen Parteien EVP und SVP abgelehnt, die auch hier eine Abfuhr holten. Das Abstimmungsergebnis war allerdings zu erwarten gewesen, nachdem bereits 2015 sich eine Mehrheit der Schweizer Bürger für eine Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) ausgesprochen hatte.

## Anhang

### Links

[1] <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen.html>

[2] <http://www.heise.de/tp/artikel/48/48430/>

<https://www.svp.ch/aktuell/medienmitteilungen/versprechen-sind-einzuhalten/>

[3]

**Artikel URL:** <http://www.heise.de/tp/artikel/48/48438/>  
**Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag**